



DER GEMEINDE-/STADTAMMANN UND BETREIBUNGSBEAMTE IM KANTON ZÜRICH

Berufsbild und Aufgabenbereich

Der Gemeinde-/Stadtammann und Betreibungsbeamte des Kantons Zürich ist Bestandteil der kantonalen Rechtspflege und materiell rechtlich direkt dem Bezirks- und Obergericht des Kantons Zürich unterstellt. Kein anderer Kanton kennt dieses Berufsbild. In den übrigen Kantonen der Schweiz sind die Aufgaben aufgeteilt auf verschiedene Amtsträger.

BETREIBUNGSBEAMTER

Der Betreibungsbeamte (Funktionsbezeichnung heute oftmals Leiter Betreibungsamt) ist zuständig für die Durchführung von Schuldbetreibungen (Einleitungsverfahren und Pfändungsvollzüge) und die Erteilung von Solvenz Auskünften (Betreibungsauszüge). Er vollzieht als Sicherungsmassnahme Retentionen und Arreste und verwertet zwangsrechtlich Fahrnis und Grundstücke. Er ist zuständig für das Führen des Eigentumsvorbehaltsregisters.

Gesetzliche Grundlagen (unter anderem):

- Schuldbetreibungs- und Konkursgesetz (SchKG)
- Verordnung des Bundesgerichts über die Pfändung und Verwertung von Anteilen an Gemeinschaftsvermögen (VVAG)
- Verordnung des Bundesgerichts über die Zwangsverwertung von Grundstücken (VZG)
- Verordnung betreffend die Pfändung, Arrestierung und Verwertung von Versicherungsansprüchen (VPAV)
- Verordnung betreffend die Eintragung der Eigentumsvorbehalte

Durch das Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs von 1889 ist das Schuldbetreibungs- und Konkursrecht für das ganze Gebiet der Eidgenossenschaft vereinheitlicht worden. Die Organisation ist aber Sache der Kantone geblieben. Im Kanton Zürich bestimmt § 1 des Einführungsgesetzes zum SchKG (EG SchKG), dass ein Betreibungskreis das Gebiet einer oder mehrerer, in der Regel im gleichen Bezirk liegenden politischen Gemeinden, umfasst. Für die Städte Zürich und Winterthur können mehrere Kreise gebildet werden.

GEMEINDEAMMANN/STADTAMMANN (nachfolgend unter Bezeichnung Gemeindeammann)

Im Kanton Zürich ist der Betreibungsbeamte auch Gemeindeammann (§ 84 des Gemeindegesetzes). Er ist als Organ der Rechtspflege und Inhaber öffentlicher Gewalt zuständig, die an ihn übertragenen zivilprozessualen Aufgaben zu erfüllen.

Amtlicher Befund:

- § 143 Gesetz über die Gerichts- und Behördenorganisation im Zivil- und Strafprozess (GOG)

Der Gemeindeammann nimmt einen Befund auf über den tatsächlichen Zustand eines Objektes oder er hält einen bestimmten Zustand fest. Das Protokoll dient als Grundlage für spätere Prozessverfahren und ist im weitesten Sinne eine Beweissicherung (vgl. hierzu auch Art. 9 ZGB).

Hausdurchsuchung:

- Art. 245 Abs. 2 Schweizerische Strafprozessordnung (StPO)
- § 164 Gesetz über die Gerichts- und Behördenorganisation im Zivil- und Strafprozess (GOG)

Der Gemeindeammann kann von Straf- und Untersuchungsbehörden als „Urkundsperson“ beigezogen werden.



Amtliche Zustellung von Erklärungen:

- §§ 144 – 146 Gesetz über die Gerichts- und Behördenorganisation im Zivil- und Strafprozess (GOG)

Der Gemeindeammann stellt auf Verlangen eines Gesuchstellers Erklärungen in zivilrechtlichen Angelegenheiten einer bezeichneten Person zu.

Zustellung von Vorladungen und Urteilen:

- Art. 85 Schweizerische Strafprozessordnung (StPO)
- Art. 138 Abs. 1 Schweizerische Zivilprozessordnung (ZPO)
- § 121 Gesetz über die Gerichts- und Behördenorganisation im Zivil- und Strafprozess (GOG)

Gerichtliche Behörden des Kantons Zürich können den Gemeindeammann mit der Zustellung einer Vorladung oder der Mitteilung eines Entscheides beauftragen.

Beglaubigungen:

- § 246ff. Einführungsgesetz zum Zivilgesetzbuch (EG zum ZGB)
- Verordnung des Obergerichts über die Beglaubigungen durch die Gemeindeammanner

Der Gemeindeammann bestätigt mit seiner Unterschrift, dass die Echtheit der Unterschrift, des Handzeichens oder des Fingerabdruckes mit der bezeichneten Person übereinstimmt. Im Weiteren kann er die Übereinstimmung einer Fotokopie mit dem Original bezeugen und einen Auszug aus einem Protokoll bestätigen.

Bekanntmachungen nach Art. 259 Schweizerische Zivilprozessordnung (ZPO) – Amtliche Verbote:

- § 147 Abs. 1 lit. a Gesetz über die Gerichts- und Behördenorganisation im Zivil- und Strafprozess (GOG)

Der Gemeindeammann wird vom Grundeigentümer als Gesuchsteller beauftragt, das vom Einzelrichter verfügte Verbot als offizielle Strassensignalisation zu platzieren.

Zwangsmassnahme und Ersatzvornahme nach Art. 343 Abs. 1 lit. d und e Schweizerische Zivilprozessordnung (ZPO):

- § 147 Abs. 1 lit. b Gesetz über die Gerichts- und Behördenorganisation im Zivil- und Strafprozess (GOG)

Der Gemeindeammann vollzieht einen rechtskräftigen Entscheid des Zivilrichters. Der Vollzug kann gegebenenfalls auch durch eine Ersatzvornahme erfolgen. Die häufigsten richterlichen Vollstreckungsbefehle sind Ausweisung von Mietern (Exmission) und die Wegnahme von bestimmten Gegenständen beim Beklagten und deren Übergabe an den Kläger.

Freiwillige öffentliche Versteigerungen:

- Art. 229 – 236 OR
- § 223 EG zum ZGB
- Verordnung des Obergerichtes über das Verfahren bei freiwilligen öffentlichen Versteigerungen vom 19.12.1979

Freiwillige öffentliche Versteigerungen bedürfen der Mitwirkung des Gemeindeammanns.

Anforderungsprofil

Die Arbeit des Gemeindeammannes und Betreibungsbeamten basiert auf gesetzlichen Bestimmungen im Umfang von über 1'000 Gesetzesartikeln. Neben dem fundierten juristischen Spezialwissen gehört auch ein solides juristisches Allgemeinwissen zur fachlichen Materie (insbesondere ZGB und OR).

Zudem muss die Rechtsprechung auf kantonaler - und Bundesebene (Bezirks-, Ober- und Bundesgerichtsurteile) verfolgt und in die aktuellen Entscheidungsprozesse einbezogen werden.

Zum Amt eines Gemeindeammannes und Betreibungsbeamten gehört eine gereifte Persönlichkeit mit Lebenserfahrung, hoher Sozialkompetenz und sehr guten Führungs- und Beratungseigenschaften.

Die **gemeindeammannamtlichen Tätigkeiten**, insbesondere der Vollzug gerichtlicher Verfügungen, erfordert hohe Flexibilität, viel Erfahrung und Sicherheit in der Umsetzung. Die Fälle im Berufsalltag sind zahlreich; in denen spontanes, schnelles, genaues und korrektes Handeln gefordert wird.



In allen Situationen vor Ort ist der Gemeindeammann der ranghöchste Vertreter der Behörden. Je nach Situation ist wenig Zeit für Beratungen. Die Entscheidungen müssen alleine getroffen werden. Oftmals muss bei zwangsrechtlichen Massnahmen verschiedener Arten die Polizei oder Spezialeinheiten, der Amtsarzt, der Notfallpsychiater, der Sozialdienst oder die Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde aufgeboren und deren Einsätze angeordnet, koordiniert und geleitet werden.

Bei **betreibungsrechtlichen Tätigkeiten** stehen der Betreibungsbeamte und dessen Mitarbeitende zwischen Schuldner und Gläubiger. Sie arbeiten in einem Spannungsfeld in welchem es oft zu unvorhersehbaren, konflikträchtigen Situationen und konfrontativen Begegnungen kommt. Es muss mit verwirrten, zuweilen aggressiven, manchmal auch gefährlichen Klienten gerechnet werden. Es wird psychologisches Geschick und Einfühlungsvermögen verlangt. Immer häufiger wird aber auch seitens der Gläubiger Druck auf den Betreibungsbeamten ausgeübt (sei es verbal / schriftlich, mittels Beschwerde oder gar einer Haftungsklage nach Art. 5 SchKG).

Ausbildung und Ausbildungsmöglichkeiten

Der Beruf des Gemeindeammann und Betreibungsbeamten kann in keiner Grundausbildung erlernt werden. Mit diesem Beruf ist ein weites Spektrum von Aufgaben verbunden. Es braucht fundiertes juristisches Spezial- und Allgemeinwissen und die Fähigkeit mit einer hohen Selbstkompetenz, wie auch einem ausgezeichneten Führungsverhalten, ein Amt selbständig zu leiten. Eine kaufmännische Berufslehre oder eine kaufmännische Weiterbildung (höhere Fachschule) sollten als Grundausbildung vorliegen. Amtsleiter und deren Stellvertreter benötigen für die Ausübung der Funktion ein Wahlfähigkeitsausweis, welcher das Obergericht des Kantons Zürich auf Antrag ausstellt. Für die Erlangung des Ausweises sind kantonale oder eidgenössische Fachprüfungen notwendig. Die Konferenz der Betreibungs- und Konkursbeamten der Schweiz bieten entsprechende berufsbegleitende Aus- und Weiterbildungen an.

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf die gleichzeitige Verwendung männlicher und weiblicher Sprachformen verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichwohl für beiderlei Geschlecht.